

Schwere Kost

[Lesestoff, der nicht leicht zu verdauen ist.]

EDELHUREN.

Wie sich mächtige Konzerne unverblümt die Politik und den Wissenschaftsbetrieb zu Diensten machen.

[Matthias Müller]

Was hat den Mann nur geritten, wem fühlte er sich verpflichtet?

Als der damalige Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) Ende 2017 in Brüssel dafür stimmt, das höchst umstrittene Ackergift Glyphosat für weitere fünf Jahre bis 2022 in der EU zuzulassen, muss ihm – nach der Riesenkontroverse um das Unkrautvernichtungsmittel in den vergangenen Jahren – bewusst gewesen sein, welche Verwerfungen seine Entscheidung auslösen würde. Denn Schmidt ignorierte damit nicht nur eine überwältigende Mehrheit von 73 Prozent der Deutschen, die ein Glyphosat-Verbot fordern. Sein Alleingang löst auch Streit in der Koalition aus und zieht den Ärger der französischen Regierung auf sich, die Glyphosat bis in spätestens drei Jahren national verbieten will. Dabei überdeckt der politische Streit fast den inhaltlichen Skandal: Mit seinem Votum macht Schmidt den Weg frei für ein Totalherbizid, das im Verdacht steht, krebserregend zu sein und mitverantwortlich ist für das Massensterben von Pflanzen, Insekten, Vögeln, Amphibien, Pilzen, für die Vergiftung von Böden, Grundwasser und Menschen.

Zweifellos hat Christian Schmidt insofern als Lobbyist gehandelt, als er jenen Konzernen, die Pestizide mit dem Wirkstoff Glyphosat herstellen und vertreiben, ein ernsthaft be-

drohtes Milliardengeschäft für weitere fünf Jahre rettete. Er hat zudem – noch gravierender – eine hohe Hürde aus dem Weg geräumt für die rund 62 Milliarden Dollar schwere Übernahme des US-Multis und Glyphosat-Herstellers Monsanto durch den deutschen Chemieriesen Bayer. Denn ohne den Umsatzschlager Glyphosat wäre Monsanto wohl weit weniger wert. Warum tut ein Minister so etwas? Welche Kräfte müssen auf ihn gewirkt haben, dass er sich so heftige politische Prügel zumutete und mal eben das in der EU geltende Vorsorgeprinzip aufs Abstellgleis setzte? Bekam er etwas dafür – und wenn ja, wie viel?

Wenn Politiker konzerndienliche Entscheidungen treffen, müsse nicht zwangsläufig Bargeld fließen, meint der aus Italien stammende Ökonom und führende US-Kartellrechtler an der Universität Chicago, Luigi Zingales, und zieht einen Vergleich zum organisierten Verbrechen: »Niemand würde auf die Idee kommen, den Einfluss der Mafia daran zu messen, wie viel Bestechungsgeld sie zahlt.« Die Macht eines Mafiabosses beruhe vielmehr auf seiner Fähigkeit, Angebote zu machen, die niemand ausschlagen kann. Dabei, so Zingales, sei besonders jener Mafiosi erfolgreich, der kaum je damit droht, Gewalt anzuwenden. Auf die Macht der Konzerne gemünzt: »Die Drohung, die von Seiten wirtschaftlicher Interessen eingesetzt werden

kann, ist entweder die Sabotage der aktuellen politischen Laufbahn durch Ausgrenzung aus wichtigen globalen Netzwerken, und/oder die Ausgrenzung aus der Wirtschaftswelt am Ende einer Amts- oder Mandatszeit.« Demnach besteht die Belohnung, die ein Konzern für das erwünschte Handeln in Aussicht stellen kann, nicht in einem gutgefüllten Briefumschlag, sondern darin, dass der Politiker eine steilere Karriere macht und/oder auch nach dem Ausscheiden aus seiner politischen oder behördlichen Funktion noch im Geschäft bleibt. Zingales illustriert seine Analyse mit dem Beispiel von Robert Rubin, Finanzminister unter Bill Clinton: Rubin habe seine Parteifreunde bei den Demokraten so lange bearbeitet, bis diese einer Gesetzesänderung zustimmten, wodurch die Großbank Citicorp 1998 mit dem Versicherungskonzern Travelers im damals größten Deal aller Zeiten zur Citigroup fusionieren konnte. Nach dem Glass-Steagall-Act war dies bis dato nicht erlaubt – doch am Tag nach der Gesetzesänderung verließ Rubin das Finanzministerium und heuerte nur drei Monate später als Berater bei der neugeformten Citigroup an, wo er in den folgenden Jahren 126 Millionen Dollar verdiente. Später, während der Finanzkrise, wurde die Bank mit Milliarden Steuergeldern vor der Insolvenz bewahrt.

Es wird also zu beobachten sein,

wie Christian Schmidts Karriere, der derzeit Hoher Repräsentant für Bosnien und Herzegowina ist, verlaufen wird. Überraschend wäre es jedenfalls nicht, wenn er irgendwann in der weitläufigen Agrarchemie-Industrie einen Direktorenposten, einen Berater- oder Lobbyistenvertrag bekäme – als späte Anerkennung seiner voraus-eilenden Dienste für die internationale Agrochemie im Allgemeinen und für die Fusion zweier Marktgi-ganten im Besonderen.

Anschlusskarrieren für ehemalige Politiker in der Wirtschaft sind inzwischen so gang und gäbe, dass ihre grundsätzliche Problematik kaum noch wahrgenommen wird. Heute Minister, Staatssekretär oder hochrangiger Behördenmitarbeiter, morgen Konzernvertreter – das ist zum »new normal« geworden. Man hat sich an Meldungen wie jene Mitte 2017 gewöhnt, dass die frühere Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen, Hannelore Kraft (SPD), wenige Monate nach ihrer verlorenen Landtagswahl, Aufsichtsratsmitglied des Steinkohlekonzerns RAG wurde, oder – zur gleichen Zeit – der ebenfalls abgewählte Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Torsten Albig (ebenfalls SPD), der als Lobbyist zur DHL-Gruppe in Brüssel wechselte (vor seiner politischen Karriere war er Konzernsprecher der Dresdner Bank gewesen). Die »Drehtüren« zwischen Politik und Wirtschaft

Schwere Kost

[Lesestoff, der nicht leicht zu verdauen ist.]

laufen auf Hochtouren: Der frühere Grüne Außenminister Joschka Fischer berät Siemens, BMW und den Energiekonzern RWE; sein einstiger Chef, Exkanzler Gerhard Schröder wurde Aufsichtsratschef beim größten russischen Ölkonzern Rosneft; Sigmar Gabriel (SPD), ehemals Wirtschafts- und Außenminister sowie Vizekanzler strebte nur wenige Monate nach seinem Ausscheiden aus dem Ministeramt in den Verwaltungsrat von Siemens Alstom, bleibt aber Bundestagsabgeordneter; der weniger prominente frühere Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium und »Chef-ökonom« von Angela Merkel, Bernd Pfaffenbach erhielt nach seiner Pensionierung einen Beratervertrag bei der US-amerikanischen Bank JPMorgan Chase; Dirk Niebel (FDP), der als Entwicklungshilfeminister über alle wichtigen Rüstungsgeschäfte abstimmte lobbyiert heute für den Rüstungskonzern Rheinmetall; in dessen Aufsichtsrat sitzt – welch eine Überraschung: der frühere Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU); der ehemalige Bundesbankchef Axel Weber: wechselte aus der Rolle des Bankenaufsehers zur Schweizer Großbank UBS, die Mutter aller Drehtürler in der jüngeren Vergangenheit. Weiter: Matthias Wissmann (CDU), Duzfreund der Kanzlerin und fünf Jahre lang Verkehrsminister, der unmittelbar nach seinem Abschied aus dem Bundestag Präsident des Deutschen Automobilverbands wurde, was er bis Anfang 2018 war. Wissmann und der frühere Staatsminister im Kanzleramt, Eckart von Klaeden, inzwischen Cheflobbyist beim Autobauer Daimler, nutzten im Zuge der Dieselfaffäre ausgiebig ihre direkten Drähte ins Kanzleramt.

Noch schneller drehen sich die Türen zwischen Politik und Wirtschaft in Brüssel, wie eine Analyse der Antikorruptions-Organisation Transparency International (TI) von 2017 zeigt. Laut TI-Report wechselte jeder Dritte der 171 EU-Abgeord-

neten, die seit der Europawahl 2009 aus dem Parlament ausgeschieden sind und nicht in Ruhestand gingen, zu einer im Lobbyregister der EU verzeichneten Organisation. Etwa der frühere FDP-Abgeordnete Holger Kraemer, der kein Jahr nach seinem Abschied aus Brüssel, wo er sich im Umweltausschuss auch mit der Regulierung der Autoindustrie beschäftigte, Direktor für Europäische Angelegenheiten bei Opel wurde.

Bei den post-politischen Karrieren von 27 früheren EU-Kommissaren beträgt die Lobbyistenquote laut der TI-Studie sogar 55 Prozent: Prominentester Seitenwechsler, der sein Insiderwissen nach zehn Jahren Amtszeit in Brüssel mit einem hochdotierten Vertrag vergoldete, war der frühere Kommissionspräsident Manuel Barroso, der bei der US-Investmentbank Goldman Sachs anheuerte (deren langjähriger Topmanager Steven Mnuchin heute US-Finanzminister ist). Der frühere Handelskommissar Karel de Gucht, der als Chefverhandler des Freihandelsabkommens TTIP aggressiv Industrieinteressen vertrat, sitzt inzwischen in den Aufsichtsräten des belgischen Telekomkonzerns Proximus, des weltgrößten Stahlkonzerns Arcelor-Mittal und des Vermögensverwalters Merit Capital, des Weiteren im Beirat der Kapitalanlagegesellschaft CVC Capital Partners in Luxemburg. Andere Exkommissare nahmen Angebote der Bank of America an, während Volkswagen nach dem Bekanntwerden des Dieselskandals die frühere Klimaschutzkommissarin Connie Hedegaard in seinen neugegründeten Nachhaltigkeitsbeirat holte – wofür es keine Vergütung gebe, nur Spesenerstattungen, wie VW versicherte. Und die ehemalige Wettbewerbs- und Digitalkommissarin Neelie Kroes, die in ihrer Amtszeit als Fürsprecherin des Taxivermittlers Uber aufgefallen war, wurde bei dem US-Unternehmen später Mitglied eines beratenden

Strategiegremiums (u.a. neben dem früheren US-Verkehrsminister Ray LaHood).

Die Gegenprobe auf der anderen Seite der Drehtür – also die Analyse der Herkunft von Lobbyisten in Brüssel – ergibt ein strukturell ähnliches Bild: Von 134 akkreditierten Lobbyisten der zehn einflussreichsten Lobbyorganisationen in Brüssel hatten laut TI-Report mindestens 20 Prozent zuvor für die EU gearbeitet – und noch mehr für nationale Regulierungsbehörden in den EU-Ländern. Google stach dabei besonders hervor, TI bezeichnet den Konzern als »den einflussreichsten Lobbyisten in Brüssel«, der eine »aggressive Abwerbepolitik durch die Drehtür« betreibe: 57 Prozent seiner akkreditierten Lobbyisten in Brüssel standen zuvor auf den Gehaltslisten europäischer Behörden. Kein anderes Unternehmen habe annähernd einen so guten Zugang zu höchsten EU-Stellen: Allein in den vergangenen zwei Jahren hätten sich Google-Lobbyisten 124 Mal mit EU-Kommissaren und deren engsten Mitarbeitern getroffen, im Schnitt also mehr als einmal wöchentlich. Für Wechsel zwischen Google und nationalen EU-Regierungen kommt das Google Transparency Project (eine Initiative der Wächterorganisation Campaign for Accountability) sogar auf mindestens 80 Personen während der vergangenen zehn Jahre. Die Blaupausen dafür lieferten unter anderem Tim Chatwin, Chefkommunikator des früheren britischen Premiers David Cameron, der 2011 zu Google wechselte, sowie der langjährige Google-Chef und Multimilliardär Eric Schmidt, der zwischen 2009 und 2015 Camerons Wirtschaftsbeirat angehörte.

In seinem Stammland hat sich der Internetkonzern selbstredend eine noch größere Präsenz in der Politik verschafft. Dort dokumentierte das Google Transparency Project allein

in der Ära Obama 258 Drehtür-Karrieren zwischen dem Konzern einerseits und der US-Regierung und dem Kongress andererseits. Doch auch in den USA steht Google nur als ein herausragendes Beispiel für einen dramatischen Trend, wie eine Untersuchung des Politologen Jeffrey Lazarus von der Georgia State University ergab: Lazarus fand heraus, dass noch während der 1970er Jahre nur rund fünf Prozent der 435 Abgeordneten und 100 Senatoren nach ihren politischen Ämtern ins Lobbyfach wechselten. In den 1980er Jahren stieg der Prozentsatz auf acht Prozent (bei den Abgeordneten) bzw. 17 Prozent (bei den Senatoren), »während der 1990er Jahre beschleunigte sich dieser Trend dramatisch«, schreibt Lazarus, die Prozentsätze stiegen auf 35 bzw. 45 Prozent. Bei den Kongressabgängern 2012 schließlich lag der Anteil der Volksvertreter, die fortan lobbyierten, bei 45 bzw. 57 Prozent. Für die EU gibt es keine vergleichbaren Daten über den Drehtürlobbyismus im Zeitverlauf. Dasselbe Bild ergibt die umgekehrte Analyse: Am liebsten sind den Konzernen Lobbyisten mit einschlägigen Verbindungen zur Macht, deshalb stellen frühere Kongressabgeordnete und Mitarbeiter von US-Behörden heute 44 Prozent aller Lobbyisten, 1998 waren es nur knapp 18 Prozent.

Der Drehtürmechanismus zwischen Politik und Wirtschaft funktioniert inzwischen absolut reibungslos und in größter Selbstverständlichkeit. Irgendwie hat man sich daran schon gewöhnt. Einzelne Aufschreie bei prominenten Wechslern wie Sigmar Gabriel, das war es dann auch schon. Doch diese Selbstverständlichkeit beschreibt genau, dass die gestiegene Quantität der Drehtürenwechsler in eine neue Qualität umgeschlagen ist. Der routinemäßige Übergang hochrangiger Expoliten ins Konzernlager läuft jedoch deren Kernauftrag in der Demokratie diametral entgegen.

Schwere Kost

[Lesestoff, der nicht leicht zu verdauen ist.]

Wenn es für EU-Kommissare und EU-Abgeordnete völlig selbstverständlich geworden ist, ihre politischen Karrieren mit lukrativen Anschlussposten in der Wirtschaft zu versilbern, wer wollte dann noch behaupten, dass zuvor das Gemeinwohl ihr zentrales Anliegen war? Und wie ist es um das Gemeinwohl bestellt, wenn die politische Laufbahn zum Sprungbrett ins höher dotierte Lobbylager verkommt?

Doch nicht nur in die Reihen der Politik strecken sich die Arme der Netzwerk-Kraken aus den Konzernen, auch die Wissenschaft ist längst zur bestens bezahlten Edelhure der Industrie verkommen. Unabhängige Wissenschaftler passen nicht zur interessengeleiteten Konzernwelt, auch sprachlich ist man deshalb nicht zimperlich. »Drecksforschung« – so nannte etwa der frühere Vorstandschef des US-Konzerns Monsanto kritische Arbeiten von Wissenschaftlern über das Pestizid Glyphosat. Für den Glyphosatendecker und -hersteller Monsanto, der im deutschen Bayer-Konzern aufging, ist die Wissenschaft zwangsläufig eines der großen Kampffelder. Und der Konzern zieht sämtliche Register.

Eine nicht unerhebliche Rolle im Kampf um das umstrittene Ackergift spielt der industrienahe Toxikologe Helmut Greim, über den das ARD-Magazin Monitor bereits Ende 2016 berichtete. Als »unabhängiger Sachverständiger« im Bundestag, in Expertengremien der EU und vor Gericht referiert der „Wissenschaftler“ seit Jahrzehnten zu Themen wie Stickoxide in Dieselabgasen oder PCB in Holzschutzmitteln. Er brachte dabei stets zum Ausdruck, dass die Gefahren beherrschbar seien und schärfere Grenzwerte im Grunde unangebracht. Der emeritierte Professor der TU München leitete auch den wissenschaftlichen Beirat jenes Autolobbyvereins, der die berühmte Abgasstudie mit Affen und Menschen beauf-

tragte. Über Glyphosat, das die Krebsforschungsagentur (IARC) der Weltgesundheitsorganisation 2015 einstimmig als »wahrscheinlich krebserregend« einstuft, sagte Helmut Greim im Landwirtschaftsausschuss des Bundestags:

»Ich habe eigentlich überhaupt kein Verständnis über die ganze Aufregung. Es ist nicht krebserzeugend.« Das ist auch der Tenor einer Studie von ihm, deren Koautor ein Monsanto-Mitarbeiter war. Dass er für seine Expertise vom Glyphosathersteller bezahlt wurde, gab er freimütig zu: »Würden Sie vielleicht irgendwas tun, ohne dass Sie bezahlt werden? Nur für die freundlichen Augen?« Er räumte auch ein, für eine Veröffentlichung einmal 3000 Euro von Monsanto erhalten zu haben, außerdem »etwa das Doppelte« für die Teilnahme an einem Expertenpanel, und zwar auf Umwegen von einer von Monsanto beauftragten Agentur. Beeinflusst worden sei er dadurch aber nicht – wenn sein Urteil mit dem Monsanto übereinstimme, dann sei das eben Zufall, aber nicht Ausdruck seiner Abhängigkeit.

Kommen Wissenschaftler zu Ergebnissen, die Monsanto's Geschäftsinteressen schaden könnten, reagiert der Konzern mit aller Macht. In einem Fall verzichtete ein Fachmagazin auf die Veröffentlichung eines Glyphosat-kritischen Beitrags, nachdem es die Einschätzungen »unabhängiger« Wissenschaftler zu dem eingereichten Beitrag eingeholt hatte. Zu diesen »Unabhängigen« gehörte auch ein Monsanto-Mitarbeiter, der vorhersehbar urteilte, die Studie solle »sofort abgelehnt werden«. In einem anderen Fall bekam der französische Toxikologe Gilles-Eric Seralini die Macht von Monsanto zu spüren, nachdem er 2012 eine kritische Studie zu Glyphosat publiziert hatte. Kurz danach trafen bei dem Fachmagazin 25 Leserbriefe von Glyphosat-freundlichen Wissenschaftlern

aus 14 Ländern ein – eine von Monsanto konzertierte Aktion. In der E-Mail eines Monsanto-Mitarbeiters (es ist derselbe, der dem deutschen Toxikologen als Koautor diente) heißt es, der Chefredakteur brauche dringend Leserbriefe, um etwas unternehmen zu können, er selbst habe »erfolgreich mehrere Sachverständige dazu gebracht, Briefe an den Herausgeber« zu schicken. Ein halbes Jahr später berief das Fachblatt einen früheren Monsanto-Mitarbeiter in seinen Beirat, und ein weiteres halbes Jahr später zog das Blatt die kritische Veröffentlichung wieder zurück.

Ginge es nicht um ein so ernsthaftes Thema wie ein möglicherweise krebserregendes Ackergift, könnte man es als kurios bezeichnen, dass einige dieser Leserbriefe Jahre später wieder im Rang von »Studien« auftauchten, und das ausgerechnet bei der für Glyphosat wichtigsten europäischen Behörde. Die Rede ist vom Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), das zum Geschäftsbereich des Landwirtschaftsministeriums gehört und mehrfach zum Ergebnis kam, Glyphosat sei nicht gefährlich. Bei einer erneuten Bewertung im Auftrag der EU kam ans Licht, dass das BfR bei der Auswertung von Glyphosatstudien auch 14 jener Leserbriefe an das Fachjournal berücksichtigt hatte – das BfR führt sie in einer Tabelle als »Studien« auf. Und zehn der 14 als »Studien« eingestuften Leserbriefe stammen von Monsanto-Mitarbeitern oder von Absendern, die dem Umfeld des Konzerns zugeordnet werden können. Viele dieser Details sind als »Monsanto Papers« in Gerichtsverfahren bekannt geworden, in denen sich der Konzern in den USA wegen seines Unkrautvernichtungsmittels Roundup (mit dem Wirkstoff Glyphosat) gegen Sammelklagen zur Wehr setzt.

Die Kläger, von denen viele in der Landwirtschaft arbeiten, behaupten, Roundup habe bei ihnen

Lymphdrüsenkrebs ausgelöst. Tatsächlich scheint Monsanto seit langem selbst zu wissen, wie gefährlich das Unkrautgift sein könnte. So taucht in den »Monsanto Papers« die E-Mail einer Konzern-Toxikologin auf, in der sie schreibt: »Man kann nicht sagen, dass Roundup nicht krebserregend ist. Wir haben nicht die nötigen Tests durchgeführt, um diese Aussage zu machen.« In anderen E-Mails wird – offenbar in Vorahnung der Krebswarnung der Krebsforschungsagentur IARC – davon gesprochen, man sei auf mehreren Gebieten »verwundbar«, man habe »keine direkten Tests« zur »krebserregenden Wirkung« von Roundup durchgeführt; weitere Studien wären »zu riskant«; oder: »Möchte nicht die Aufmerksamkeit auf die Toxizität unseres Produkts lenken«; oder: »Glyphosat ist OK, aber das formulierte Produkt (gemeint ist das Endprodukt Roundup, in dem noch andere gefährliche Chemikalien stecken; Anm. d. Red) verursacht den Schaden«. In ihren E-Mails diskutieren die Monsanto-Wissenschaftler auch, ob das Unternehmen als Ghostwriter Artikel schreiben soll, die dann von bekannten Wissenschaftlern – darunter auch der deutsche Sachverständige Helmut Greim – nur noch editiert und unterschrieben werden. Und schließlich zeigen die »Monsanto Papers«, wie der Konzern ein Team von Wissenschaftlern und Lobbyisten engagierte, die einen »orchestrierten Aufschrei« gegen die Aussage der Krebsforschungsagentur entfachen sollten: die IARC sollte als eine Organisation diskreditiert werden, die »fragwürdige und politisch aufgeladene Entscheidungen« trifft. Science-Twisting at its best.

Der Fall Monsanto-Bayer-Glyphosat erinnert fatal an die schon legendäre Geschichte der Tabakindustrie, die im vergangenen Jahrhundert die Gefahren des Rauchens jahrzehntelang bestritt. Das Buch »Mer-

Schwere Kost

[Lesestoff, der nicht leicht zu verdauen ist.]

chants of Doubt« (»Die Machiavellis der Wissenschaft«) beschreibt die Mittel, mit denen »Big Tobacco« früher und »Big Oil« heute gegen den wissenschaftlichen Konsens agitieren: wie sie – angeleitet durch ein regelrechtes »Playbook« – die öffentliche und wissenschaftliche Meinung manipulieren durch bestellte, gekaufte Studien und bestochene Wissenschaftler, wie sie Netzwerke angeblich unabhängiger Thinktanks steuern und Gegenpublikationen organisieren, wie sie kritische Wissenschaftler persönlich angreifen und auf emotionale Bilder setzen.

Im Kampf um die Deutungshoheit setzen die Konzerne darauf, dass Forschung ein ergebnisoffener und prinzipiell un abgeschlossener Prozess ist. Seriöse Naturwissenschaft kann deshalb bei komplexen Fragestellungen keine hundertprozentigen Belege vorweisen. Dieser Grundsatz wird argumentativ verdreht in die gebetsmühlenartig vorgetragene Forderung: »The science is not settled«, »We need more research« – es müsse noch mehr geforscht werden, bevor die Politik Entscheidungen treffen könne.

Man kann zu dieser Argumentation auch salopp sagen: »Zuerst muss die Leiche da sein, bevor gehandelt wird.« Das Gegenteil dieser fälschlich genannten »science based« Vorgehensweise ist das Vorsorgeprinzip, auf das sich die Völkergemeinschaft zum Beispiel auf der UN-Konferenz in Rio de Janeiro geeinigt hat und das auch im Europäischen Primärrecht (Vertrag von Lissabon) verankert ist. Danach sollen bei wissenschaftlicher Unsicherheit und nach einer Zweck-Mittel-Abwägung potentiell gefährliche Substanzen eben nicht zugelassen werden, bevor deren langfristige Unschädlichkeit nicht zweifelsfrei bewiesen ist. Die Konzerne versuchen seit Jahren auf allen Ebenen – gerade auch in den internationalen Handelsabkom-

men – dieses Prinzip zu verwässern oder zu beseitigen.

Die systematischen Versuche der Konzerne, sich des lästigen Vorsorgeprinzips zu entledigen, ist Teil einer logischen Strategie. Die Konzerne beschränken sich nicht mehr darauf, externe Wissenschaftler zu beeinflussen und gegebenenfalls zu diskreditieren, sondern dringen tiefer ein in den Wissenschaftsbetrieb, in die Universitäten selber, um Einfluss von innen zu nehmen – weil dort Erkenntnisse erarbeitet werden, die hochrelevante gesellschaftliche Entscheidungen beeinflussen können, von der Energieversorgung bis zur Gesundheits- oder Verkehrspolitik.

Universitäten sind deshalb zunehmend Zielobjekte des neuen Lobbying, das sich auf enorme Finanzmittel stützen kann. In Frage gestellt wird so die im Grundgesetz verbrieft Unabhängigkeit und Freiheit von Forschung und Lehre. Wie sehr diese gefährdet sind, zeigen unzählige Hörsäle an deutschen Hochschulen, die nach ihren Geldgebern aus der Wirtschaft benannt sind und deren Logos tragen. Immer mehr Beispiele zeugen davon, wie die notwendige Distanz zwischen privaten Unternehmen und öffentlichen Bildungseinrichtungen verschwindet. So wirbt das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) auf seiner Internetseite: »Benennen Sie einen Hörsaal/Seminarraum oder sogar ein ganzes Gebäude nach dem Namen Ihres Unternehmens! (...) Profitieren Sie von einem positiven Imageransfer als Unternehmen mit gesellschaftlichem Engagement sowie durch Veranstaltungen im »eigenen Hörsaal«. Platzieren Sie sich als Arbeitgeber und Partner des KIT und erreichen Sie unsere rund 25000 Studierenden. Wir kommunizieren den Namen Ihres Unternehmens über unsere Kommunikationskanäle.«

1,4 Milliarden Euro »investiert« die Wirtschaft heute in die deutschen

Hochschulen, eine weitere halbe Milliarde kommt von Stiftungen. Diese privaten »Drittmittel« sind unverzichtbare Einnahmequellen für die Hochschulen und seit 2006 kräftig gestiegen. Bei vielen Professuren wird »die Fähigkeit und Erfahrung beim Einwerben von Drittmitteln« bereits explizit in der Stellenausschreibung ausgesprochen. Im Klartext: wer keine finanziellen Verflechtungen mit der Industrie nachweisen kann, bekommt die Stelle nicht. Hier wird Korruption nicht nur zugelassen – sie ist unverhohlen sogar das Einstellungskriterium!

Gestiegen ist auch die Zahl der von Stiftungen und Unternehmen gespendeten Lehrstühle, laut amtlicher Statistik seit 2010 um mehr als dreißig Prozent auf 806 im Jahr 2016. Insgesamt dürfte es in Deutschland rund 1000 Stiftungsprofessoren geben. Die Volkswagen-Stiftung und Volkswagen, Bayer, Siemens und Novartis, die Wirtschaftsberater von PricewaterhouseCooper und der Atom-Konzern Vattenfall, Deutsche Telekom und Deutsche Bank, der Verband der Automobilindustrie e.V. – alle sind oder waren schon beim Lehrstuhl-Kaufen dabei. An der TU Berlin bezahlte die Stiftung der Zuckerindustrie einen Lehrstuhl für Lebensmittelverfahrenstechnik, an der Uni Erlangen-Nürnberg finanziert Nestlé eine Professur für klinische und experimentelle Ernährungsmedizin. Audi unterstützt Lehrstühle in Ingolstadt, Friedrichshafen, Dortmund und Heilbronn. In Erlangen-Nürnberg bezahlte der Autobauer fünf Jahre lang die Professur für Personalmanagement und Arbeitsorganisation in technologieorientierten Unternehmen, deren Inhaber der langjährige Personalvorstand und Arbeitsdirektor der Audi AG ist. Sein Gehalt bezahlt inzwischen zwar der Staat, doch der Ex-»Audi-Mann« hält immer noch seine sogenannten »Audi-Vorlesungen«, gemeinsam mit amtierenden

Audi-Managern.

So gewinnen die Konzerne, weiterhin unbemerkt, Einfluss auf das, wonach geforscht und was gelehrt wird. Etwa an der Uni Potsdam, wo der Mitgründer und langjährige Vorstandssprecher des Softwarekonzerns SAP, der Multimilliardär Hasso Plattner, mehr als 200 Millionen Euro für ein Softwareinstitut stiftete. Oder in München und in Heilbronn, wo die Stiftung eines anderen Multimilliardärs, des Discounter-Königs Dieter Schwarz (Kaufland, Lidl), in den nächsten Jahren 20 Professoren im Bereich Wirtschaftswissenschaften bezahlt. Die Presse schätzte den Wert des Engagements auf 100 bis 200 Millionen Euro, weil die Schwarz-Stiftung die Lehrstühle nicht wie üblich nur für fünf bis acht Jahre finanziert, sondern bis zur Emeritierung der Wissenschaftler, Pensionsrückstellungen inklusive. Der Präsident der TU München hat die Großspende ein »gigantisches Kaliber« genannt, 20 Stiftungsprofessuren auf einen Schlag, »das hat es unseres Wissens bisher überhaupt nicht gegeben«. Eine weitere Million Euro hat die TU München jüngst auch vom »Exzellenzpartner« Google zugesagt bekommen. Der Internetrieser unterstützt Nachwuchswissenschaftler, die sich mit Robotik und künstlicher Intelligenz beschäftigen.

Der Anteil der Lidl-, Audi- oder Deutsche-Bank-Professoren an allen deutschen Hochschullehrern liegt erst bei gut zwei Prozent. Gleichwohl verschaffen die Lehrstühle den Unternehmen einen exklusiven neuen Zugang zu einem einst exklusiv staatlichen Bereich. Wie problematisch das werden kann, illustriert das Beispiel der Universität Mainz in Rheinland-Pfalz, die einen Kooperationsvertrag mit der Boehringer-Ingelheim-Stiftung, ebenfalls in Mainz, einging. Die »gemeinnützige« Stiftung wurde von einem Ge-

Schwere Kost

[Lesestoff, der nicht leicht zu verdauen ist.]

sellschafter des Pharmakonzerns Boehringer Ingelheim errichtet, in dessen Beirat – Achtung »Dreh-tür« – bis Mitte 2017 der ehemalige rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) saß. Der Kooperationsvertrag mit der konzernnahen Boehringer-Stiftung garantiert der Universität einen Zuschuss von weit über 100 Millionen Euro für die biologische Forschung und war und ist hochumstritten. Als ein Journalist auf Herausgabe des Kooperationsvertrags klagte, verabschiedete Rheinland-Pfalz 2016 ein neues Transparenzgesetz, das ausgerechnet die Wissenschaft vor allzu tiefen Einblicken der Öffentlichkeit schützt. Das sei schlicht perfide, klagte der Anwalt Carl Christian Müller in einer Verfassungsbeschwerde gegen das Transparenzgesetz: „Zugespitzt formuliert: Milliardenschweren Unternehmen wie Boehringer und Co. wurde ein privatnütziges Gesetz serviert. Zudem geht mit der Beschränkung der Informationsfreiheit auch eine Gefährdung der Wissenschaftsfreiheit einher.« Müller argwöhnt, dass der heimlich verhandelte Drittmittelvertrag zwischen Uni und Stiftung und das Verfahren auf Herausgabe der Vertragskopien der wahre Grund für die massive Einschränkung der Informationsfreiheit waren. Zudem musste der Universitätspräsident einräumen, dass die Vereinbarung mit der Stiftung dieser de facto ein Vetorecht bei der Berufung von Professoren einräume. Nach öffentlichem Druck und scharfer Kritik auch durch den Deutschen Hochschulverband wurden die Verträge überarbeitet und schließlich auch veröffentlicht, dennoch werden der Stiftung weiterhin gewisse Mitwirkungsrechte bei der Personalauswahl eingeräumt und damit Einflussmöglichkeiten auf die Forschungsausrichtung der Universität. Als eine der maßgeblichen Figuren hinter diesen Vorgängen gilt der frühere Vorstandschef von

Boehringer Ingelheim, Andreas Barner. Er gehört dem Vorstand der Stiftung an und ist: Vorsitzender des Hochschulrats der Mainzer Uni. Er sitzt also praktischerweise auf beiden Seiten des Tisches.

Die Grenzen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft zerfließen. Der Staat gibt Raum frei, er gibt es auf, einen neutralen Rahmen zu schaffen für ergebnisoffene Forschung und unabhängige Wissenschaft, die diesen Namen verdienen. Er schützt »die letzte Instanz der modernen Gesellschaft« (Peter Weingart) immer weniger davor, zum Instrument und Dienstleister der Konzerne zu werden. Wie viel Einfluss nehmen die privaten Stifter auf die Auswahl der Professoren, auf Forschungsfelder, auf Forschungsergebnisse? Werden die Lidl-Professoren auch über die schädliche Marktmacht von Discountern forschen, über deren Prägekraft für die Ernährung von Millionen Menschen? Wagen sich Professoren auf Banken-Lehrstühlen auch an die Frage, wie die Zocker-Banken der Finanzkrise ohne Haftung davonkamen? Gibt es noch eine Pluralität von Meinungen, wenn Stiftungsprofessoren die Mehrheit eines Fachbereichs stellen? Das Geschäftsmodell der Konzerne unterläuft sukzessive das öffentlich-staatliche Modell der Hochschulen.

Nicht nur zwischen Konzernen und Politik, auch zwischen Konzernen und Universitäten etabliert sich somit eine gefährliche Allianz. Finanzielle Anreize zur Forschung, die sich mit der Stärkung des Umwelt-, Verbraucher- und Gesundheitsschutzes beschäftigen, existieren kaum. Vielmehr richten sich sehr viele Forschungsaktivitäten an den von der Industrie zur Verfügung gestellten »Drittmitteln« aus. Hier ist vor allem eine Tendenz zum vorauseilenden Gehorsam zu beobachten: ehrgeizige Wissenschaftler dienen sich der zahlungskräftigen

Klientel durch Gefälligkeitsstudien und willfährige Maulhurei auf Kongressen und in den Medien an – in der Hoffnung steilere Karrieren zu machen als ihre weniger skrupellosen Mitbewerber.

Wohin es führen kann, wenn unabhängige Wissenschaftler bedrängt und bezahlt werden, wenn Universitäten auf Millionen aus Konzernkassen angewiesen sind, zeigt eine Tragödie, die sich seit einigen Jahren in den USA abspielt. Die Hauptschuld schreiben Experten dem Pharmaunternehmen Purdue und dessen Schmerzmittel OxyContin zu. Sein Wirkstoff ist ein Verwandter von Heroin und bis zu zweimal so stark wie Morphin. Dennoch drückte das Pharmaunternehmen Purdue das gefährliche Produkt mit aggressivem Marketing, Anreizen für Ärzte und bezahlten Studien in den Markt, so dass es auch Millionen von Menschen verschrieben bekamen, bei denen es nicht angezeigt war, etwa bei harmlosen Sportverletzungen, Arthritis oder Rückenschmerzen. Purdues Verkäufer vermarkteten das Medikament zeitweise als »to start with and to stay with«, als ein Medikament also, das man sorglos fast unbegrenzt einnehmen könne. Unzählige Patienten rutschten allerdings bei nachlassender Wirkung in die Sucht und landeten bei Heroin, das oft billiger zu haben ist. Nach offiziellen Angaben starteten vier von fünf Heroinkonsumenten ihre Suchtkarriere mit verschreibungspflichtigen Schmerzmitteln wie OxyContin. Mehr als zweieinhalb Millionen Amerikaner gelten als Opioid-Geschädigte, man geht davon aus, dass täglich 145 Amerikaner an Opioid-Überdosen sterben.

Das Marketing zielte vor allem auf Ärzte – durch Anzeigen in Fachmagazinen, durch bezahlte Reisen zu Schmerzkongressen, durch wissenschaftliche Studien. Einem hohen Beamten der Federal Drug Admi-

nistration wurden einmal 300.000 Dollar bezahlt. Ein anderer, der die Zulassung des Medikaments beaufsichtigt hatte, bekam später einen Job bei Purdue. Der Konzern sponserte medizinische Weiterbildung, bundesstaatliche Aufsichtsgremien und dubiose Patientenorganisationen. Seit 2007 habe das Unternehmen »eine Armee von Lobbyisten versammelt, um jegliche gesetzliche Regulierung zu bekämpfen«. Zwischen 2006 und 2015 gaben Purdue und andere Schmerzmittelhersteller zusammen mit ihren gemeinnützigen Organisationen fast 900 Millionen Dollar für Lobbying und Wahlkampfspenden aus. Im Heimatmarkt USA jetzt unter politischem und juristischem Druck, verstärkt das Unternehmen – wie die Tabak- und die Lebensmittelkonzerne – nun seine Verkaufstätigkeiten in Asien, Lateinamerika und im Mittleren Osten, wo die Gefahren noch nicht so erkannt werden.

Der Familienclan hinter Purdue ist unendlich reich geworden, sein Vermögen wird auf 13 Milliarden Dollar geschätzt. Die Sacklers gehören zu den großen philanthropischen Dynastien der USA: Nach ihnen sind Flügel im Metropolitan Museum of Art in New York und im Louvre benannt, Museen und Galerien in Washington und Harvard tragen ihren Namen, ebenso ein Dutzend Einrichtungen an Universitäten, wo die Sacklers viele Lehrstühle stifteten. Unter anderem in Yale. Dort hat die Unileitung angekündigt, ein College umzubenennen, weil es den Namen eines Befürworters der Sklaverei im 18. Jahrhundert trägt – der Mann war immerhin Vizepräsident der Vereinigten Staaten. Warum, so fragte sich der Autor des Magazins New Yorker, das den Fall recherchierte, gibt es in Yale nun nicht auch die Absicht, die Sackler-Professur oder das Raymond und Beverly Sackler Institut umzubenennen? Seine Antwort: »Vielleicht weil die Sacklers immer noch gut zahlen.«